

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halb. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeit ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Subgriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 19. Februar.

In der Samstags stattgehabten Sitzung des Abgeordnetenhauses beantwortete Graf Mensdorff die Interpellation, betreffend die Angelegenheit Schleswig-Holstein. Staatsminister v. Schmerling versprach die Interpellation den galizischen Belagerungszustand betreffend in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten.

Minister v. Lasser beantwortete die Interpellationen bezüglich der Errichtung von Fideikommissen und die verliesenen Konzessionen an Kreditinstitute. Freiherr v. Kalchberg beantwortete die Interpellation über die bekannte Nord- und Staatsbahnangelegenheit. Finanzminister v. Plener brachte hierauf mehrere Regierungsvorlagen ein, legte schließlich das Budget pro 1866 vor und exponirte die Motive, die für die Einbringung sprechen, und die Behandlung, die bei dem Budget beobachtet wurde. — Wir bringen den ausführlichen Bericht Morgen.

Die Absente an politischen Neuigkeiten ist heute sehr gering. Die französische Thronrede bildet den fast ausschließlichen Inhalt der deutschen, belgischen und französischen Blätter. Alle Welt stimmt darin überein, daß diese Thronrede einen entschieden friedlichen Charakter habe.

Wie die „Gen.-Corr.“ aus Warschau erfahren haben will, soll in dortigen amtlichen Kreisen von dem angeblichen Projekte zur Reorganisation Polens im russisch-zentralistischen Sinne nichts bekannt sein. Plakate, welche am 10. d. M. in Warschau verbreitet wurden, aber keinen amtlichen Ursprung hatten, sollen die einzige Veranlassung der alarmirenden Nachrichten gewesen sein.

Der Friede zwischen Spanien und Peru ist hergestellt. Letzteres zahlt eine Entschädigung von 100 Millionen Realen.

Die Verurtheilungen in Ungarn.

Die „Wiener Zeitung“ vom 10. d. M. Nr. 33 brachte den wesentlichen Inhalt des am 6. Februar d. J. zu Ofen kundgemachten strafgerichtlichen Erkenntnisses, durch welches neun, in der obigen Nummer namentlich aufgeführte Personen wegen des Verbrechens des Hochverrathes, dessen sie theils geständig, theils aus dem Zusammentreffen der Umstände rechtlich überwiesen worden waren, zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurtheilt worden sind.

Wir begreifen vollkommen das Interesse, welches sich an diese Verurtheilungen sowohl im In-, als im Auslande knüpfte und welches nicht minder durch die Theilnahme an dem Schicksal der durch das Urtheil betroffenen, zum Theil hervorragenden Familien angehörigen und im Lande wohlbekannten Personen, als durch die Erwägung der Gefahr motivirt erschien, welche bei dem Gelingen der verbrecherischen Pläne, wie sie den Verurtheilten imputirt wurden, dem Lande, dem sie angehören, und in weiterer Folge dem Gesamtstaate drohte.

Da dem vollen Ausbruche der beabsichtigten revolutionären Bewegung rechtzeitig vorgebeugt worden, mithin keine zu Tage getretene Thatsache vorgekommen war, auf welche die Verurtheilung zurückgeführt werden konnte, einzelne mit den Plänen der Verurtheilten in Verbindung stehende Vorkommnisse aber wegen der Länge des mittlerweile verstrichenen Zeitraumes dem Gedächtnisse des Publikums entschwunden sein dürften, so ist der Eindruck, welchen die Resultate des Prozesses hervorgebracht haben, ein allerdings erklärlicher.

Wir sind in der Lage, nachstehend einige, auf die gerichtlich konstatarnten Erhebungen basirte Momente dieses Prozesses zu liefern.

Schon im Jahre 1859 wurden Thatsachen festgestellt, aus welchen die Verbindung einer in Ungarn bestehenden, auf die Losreißung dieses Königreiches von dem Gesamtstaate abzielenden Partei mit der im Auslande befindlichen revolutionären Emigration und deren Bestreben unzweifelhaft hervorging, durch eine gewaltsame Schilderhebung ihren verbrecherischen Absichten Geltung zu verschaffen. Diese Versuche, welche in einem damals abgeführten Hochverrathsprozesse ihren momentanen Abschluß gefunden, wurden im Spätsommer des Jahres 1863 neuerdings angeknüpft und es ist einer der im letzten Prozesse Verurtheilten, welcher in Turin mit einem der hervorragendsten Führer der ungarischen Bewegungspartei in persönlichen Verkehr trat und von ihm bestimmte Weisungen, einen Aufstand in Ungarn vorzubereiten, so wie auch die hierzu erforderlichen Geldmittel und sonstige Behelfe erhielt. Die nächsten Ergebnisse dieser Reise äußerten sich in dem Aufstehen einer größeren Menge revolutionärer Proklamationen, welche gegen Ende des Jahres 1863 in Pest und in verschiedenen Städten Ungarns theils an den Mauern angeschlagen, theils in den Straßen verstreut gefunden wurden.

Das Vorkommen derselben ward seinerzeit zwar in der Tagespresse besprochen, ohne jedoch einen nachhaltigeren Eindruck hervorgebracht zu haben, da die Ausführung der in den Proklamationen enthaltenen Weisungen theils an dem gesunden Sinne der Mehrheit der Bevölkerung, theils an der Wachsamkeit und der festen Haltung der Behörden gescheitert war. Und der Inhalt der, wie es erwiesen vorliegt, aus dem Auslande eingebrachten Proklamationen sprach deutlich genug. Er enthielt nichts weniger als die Aufforderung, das Vaterland müsse sich von dem Joche der verhassten deutschen Herrschaft befreien, Ungarn müsse seinen im Auslande befindlichen Verbündeten zeigen, daß sie gegen den gemeinschaftlichen Feind auf den Arm Ungarns rechnen können, es müsse alles aufgegeben werden, daß der Desterreicher mit seinen Lockungen die ungarische Nation nicht in sein Netz ziehe. Auch fehlten darin nicht die gewöhnlichen Appellationen an den Gehorsam und die Beihilfe des Volkes, so wie scharfe Drohungen für die Widerwilligen.

Um diesen Proklamationen so wie den sonstigen zur Durchführung des Planes erforderlichen Dokumenten ein größeres Gewicht in den Augen der Menge zu verschaffen, war eigens ein mit dem ungarischen Wappen und der Umschrift: „Landesunabhängigkeits-Comité“ versehenes Siegel von einem der Theilnehmenden aus Turin hereingebracht und den Schriftstücken aufgedrückt worden.

Unzweifelhaft stehen diese Proklamationen mit jenen, welche im Frühjahr des Jahres 1864 in Süd-Tirol aufgefunden wurden, im Zusammenhang, worauf ihr gegenseitig auf einander bezugnehmender Inhalt in bestimmtester Weise hindeutet.

Eine weitere Folge der von der Emigration für Ungarn beabsichtigten und von den nunmehr verurtheilten Theilnehmern ins Werk gesetzten Schritte war das Vorkommen zahlreicher Drohbrieife, welche theils an Personen gerichtet waren, deren Anhänglichkeit an die Regierung notorisch ist, theils an solche, welche man für schwankend hielt und die man hierdurch auf die Seite der Bewegung zu bringen hoffte.

Die Tendenz dieser Drohbrieife kennzeichnet sich am besten durch die Worte, welche ein an den Redakteur eines politischen Blattes gerichteter enthielt und welche lauten:

„Noch ein Artikel über den Eintritt (der Ungarn) in den Reichsrath ist Ihr Todesurtheil, welches das unterfertigte Comité vollziehen lassen wird.“

Mehrjache Versuche in den Theatern Demonstrationen im Sinne der Erhebung hervorzuführen,

scheiterten an der Wachsamkeit der Behörden, und es nahm eine einzige am 13. März 1864 in Pest stattgefundene, damals auch in den Tagesblättern besprochene Straßendemonstration, wobei ein Mann verwundet wurde, eine etwas größere, jedoch keineswegs nachhaltige Dimension an.

Wenn wir noch der Organisirung von Guerillabanden und der Bezeichnung der für sie bestimmten Führer, so wie der Waffensendungen erwähnen, welche an mehreren Orten versucht und wirklich durchgeführt wurden und bei welchen die in den Prozesse Verwickelten ihre Hand im Spiele hatten, so dürften die Hauptmomente dieses betrübenden Drama's erschöpft sein, da es uns zu weit führen würde, die Details näher zu bezeichnen, bei deren Ausführung der eine und der andere der Verurtheilten thätig war.

Wir betrachten es als unsere Aufgabe darzuthun, daß das Bestreben der Theilnehmenden ein auf die Losreißung Ungarns von der Gesamtmonarchie gerichtetes, sonach ein hochverrätherisches war und daß der Uebergang von den vorbereitenden Schritten zur muthmaßlich in naher Zeit verhofften That nur durch die rechtzeitige Verhaftung der Leiter der Bewegung und durch die Maßnahmen gesperrt ward, welche der beabsichtigten Vereinigung der seditiosen Elemente Ungarns mit den im gährenden Nachbarlande befindlichen Gleichgesinnten entgegengesetzt wurden.

Daß es in der Absicht der Parteigänger gelegen war, den Schlag mit Beschleunigung zu führen, ergiebt aus einem schriftlichen, mit dem Siegel des „Landesunabhängigkeitscomité“ versehenen Schriftstücke, in welchem die schnellste Organisirung der Guerillabanden mit dem Weisungen angeordnet wird, „daß die rasch sich entwickelnden auswärtigen Ereignisse ein Zögern nicht zulassen.“

Auf die hier und da auftauchende Bemerkung über die Höhe des Strafausmaßes sei uns die Hindeutung erlaubt, daß die meisten der Verurtheilten, in früheren Jahren wegen dergleichen Verbrechen zum Tode und im Wege der Gnade zu mehrjährigem Kerker verurtheilt, hierauf durch kaiserliche Guld amnestirt und zur Rückkehr in ihre früheren Verhältnisse zugelassen, die ihnen gewordene Freiheit nur dazu benützten, alle Schritte zu hintertreiben, welche auf eine Anbahnung der so wünschenswerthen Vereinbarung abzielten, das Land in fortwährender Aufregung zu erhalten und ihm eine Wiederholung der Leiden und Drangsale zu bereiten, welche das Herz des echten Patrioten mit tiefster Wehmuth zu erfüllen geeignet sind.

Oesterreich.

Wien, 16. Februar. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses wurde über das Budget der siebenbürgischen Hofkanzlei berathen. Anwesend war der Vizkanzler Freiherr v. Reichenstein. Als Referent fungirte Abg. Abdulcanu. Das Erforderniß beträgt nach dem Voranschlage der Regierung im Ordinarium 3,201.902 fl. im Extraordinarium 341.489 fl., zusammen 3,543.391 fl. Der Referent beantragte einen Abstrich von 80.000 fl. Nach einer längeren Debatte, in der die Abg. Skene, Grochowski und Teutsch (ersterer auf einen Abstrich von einer halben Million, letzterer auf Bewilligung von 3,400.000 fl.) Anträge stellten, wurde der Antrag des Abg. Brestl, den er in einer ausführlichen Auseinandersetzung begründete, auf Bewilligung von 3,150.000 fl. angenommen.

Der Finanzausschuß erledigte in der Sitzung vom 16. d. M. den Etat der „Kontrolebehörden“ (Referent Abg. Dr. Stamm.) Präliminirt sind von der Regierung 3,795.881 fl. Der Ausschuß beschloß über Antrag des Abg. Winterstein einen Intercalearabzug bei den Personalbezügen von 2 Prozent und

Herabminderung des Aufwandes um 82.000 fl. Bei Titel 2. „Direktion der administrativen Statistik“, wurden 3000 fl. gestrichen und 60.000 fl. bewilligt. Bei Titel 5. „Militär-Zentralbuchhaltung“, wurden von den Bezügen der gegenwärtigen disponiblen Individuen statt der vom Referenten beantragten 30.000 fl. über Antrag des Abg. Baron Ingram 40.000 fl. gestrichen, in der Voraussicht, daß von den Disponiblen ein großer Theil noch im Laufe des Jahres untergebracht werden kann.

— 17. Februar. Der Finanzausschuß hielt heute zwei Sitzungen. In der vormittägigen berichtete Abgeordneter Skene über das Erforderniß für „Subventionen an Landesfonds.“ Er beantragte nur die Einstellung von jenen Beträgen, welche entschieden auf privatrechtlichen Titeln beruhen, dagegen sollte an die Kronländer für eingezogene Gefälle kein Ersatz eingestellt werden, weil dieses in den Zuschlüssen zu den direkten Steuern besteht. Zur Schlichtung der ganzen Streitfrage beantragte er jedoch eine Aufforderung an die Regierung, noch in der diesjährigen Session einen Gesetzentwurf über die Bildung eines Staatsgerichtshofes einzubringen, vor dessen Kompetenz die Ansprüche der Länder an das Reich gehören sollten.

Der Obmann des Finanzausschusses, Freiherr v. Pratobevera, verliest nun Namens des bestellten Subcomité's einen Bericht, wonach jene Ansprüche nur im gerichtlichen Wege ausgetragen werden können. Da aber die Länder seit so langer Zeit im Besitze der streitigen Subventionen waren, beantragt er eine Auforderung an die Regierung behufs der Vorlage eines Gesetzes über die Bildung eines Staatsgerichtshofes. Bis zu dessen Niedersetzung aber sollen die Subventionen als Vorschuß und unter Verpflichtung der Rückzahlung im Falle des aberkennenden Urtheils des Staatsgerichtshofes an die einzelnen Länder verabfolgt und demgemäß in das Budget eingestellt werden.

Baron Ingram bemerkt, daß für Tirol wenigstens die Subvention schon in früheren Jahren vom Finanzausschuße beantragt und vom Reichsrathe eingestellt wurde. Dr. Herbst wendet sich gegen den Berichterstatter, welcher gesagt habe, der Finanzausschuß könne nicht Beträge einstellen, welche von der Regierung nicht verlangt worden sind. Speziell in dem vorliegenden Falle habe die Regierung auf einen Protest des böhmischen Landtages erwidert, die Reichsrathsabgeordneten Böhmens mögen sich der Sache im Abgeordnetenhause annehmen. Er müßte diese Antwort als eine Ironie erklären, wenn dieses Sichannehmen nicht darin bestehen könnte, daß der entsprechende Betrag eingestellt wird. Dr. Wisstra befürwortet die Einstellung speziell aus dem Grunde, weil die Landtage augenblicklich nicht in der Lage sind, ihre Ansprüche gerichtlich geltend zu machen. Das könne aber der Reichsrath nicht dahin ausbeuten, daß er sich einer, wenn auch nicht ganz zweifellosen Pflicht entledigt. Dr. v. Kaiserfeld beantragt, in der Auforderung an die Regierung zu sagen, „unabhängiger Staatsgerichtshof als staatsrechtliche Institution.“

Dr. Taschel meint, daß es auch schon jetzt einen kompetenten Gerichtshof gäbe, aber die Regierung mache ihre Ansprüche nicht geltend. Dr. Brestl ist für die Einstellung, und zwar aus politischen, Billigkeits- und Gerechtigkeitsrücksichten. Auch Herr v. Grocholski befürwortet die Einstellung, will aber von der von Baron Pratobevera gestellten Bedingung der Verpflichtung der Rückzahlung abgesehen wissen, da die Landtage nicht versammelt sind und ein Anderer die Bedingung nicht eingehen kann. Ritter v. Alduscau befürwortet den Antrag des Berichterstatters, während Dr. Deutsch für die vorläufige Einstellung ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Baron Pratobevera mit dem Amendement Kaiserfeld angenommen und demgemäß werden auch die Beträge eingestellt, und zwar an Tirol 70.000 fl., an Steiermark 142.390 fl., an Kärnten 63.694 fl., an Krain 8300 fl., an Böhmen 73.712 fl., an Schlesien 8085 fl. Auf Antrag des Dr. Schindler wird der von der Regierung mit dem Lande Kärnten wegen dieser Subvention geschlossene Vertrag genehmigt.

In der Abend Sitzung berichtete Abg. Skene über die Subventionen an Industrie-Unternehmungen. Nach seinen Anträgen wurde bewilligt: für die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft 560.000 fl. (verlangt wurde eine Million), für die süd-norddeutsche Eisenbahn 680.000 fl., für die Theißbahn 970.000 fl. (bei den letzteren beiden mehr als präliminirt war), für die Westbahn 1.400.000 fl., für die böhmische Westbahn 315.000 fl., für die Zittau-Weidenberger Eisenbahn 100.000 fl., für die Südbahn 8218 fl. Außerdem wurde beschlossen, von der Regierung die Vorlage des Additionalvertrages mit der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu verlangen.

— Die durch die Blätter gegangene Mittheilung, daß aus finanziellen Rücksichten das Avancement im Staatsdienste eingestellt sei, wurde von mehreren Blättern mit der Bemerkung als unbegründet bezeichnet, daß in keinem Zweige der Verwaltung eine dahin zielende Verfügung erlassen wurde. Wie immer,

so liegt, wie man der „Fr. Ztg.“ schreibt, auch bei diesen Mittheilungen die Wahrheit in der Mitte. Eine positive Bestimmung, daß alles Avancement eingestellt sei, ist jedenfalls nicht erlassen, dagegen wird eine Art von Beschränkung und Erschwerung dadurch eintreten, daß alle hieher in den Wirkungskreis der Landesbehörden fallenden Ernennungen und Beförderungen bis in die untersten Branchen hinab künftig im Vorschlagswege und unter wohlbegründeter Motivirung der unumgänglichen Nothwendigkeit den Ministerien zur Entscheidung vorgelegt und bei den Befetzungen selbst die disponiblen Beamten vorzugsweise berücksichtigt werden müssen. Ferner ist aus finanziellen Rücksichten eine Beschränkung jeder Art von Geldunterstützungen, wie Remunerationen, Vorschüssen, Aushilfen u. s. w. angeordnet worden.

F. Z. M. Ritter v. Benedek hat aus Verona vom 7. d. einen Armeebefehl erlassen, dem wir folgende Stellen entnehmen: „Ein besonderes Augenmerk verdient die Verbreitung der deutschen Sprache in den Truppen, und namentlich unter den Chargen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die deutsche Sprache die a. h. sanktionirte Dienstessprache in unserer Armee, und daher in sprachlicher Beziehung die Vermittlerin zwischen den verschiedenen, im österreichischen Heere vertretenen Nationalitäten ist. Die möglichste Aneignung der Dienstessprache ist somit als eine Pflicht aufzufassen, und müssen die Herren Truppenkommandanten und Offiziere mit richtigem Takte dahin wirken, daß die Chargen und Chargenschüler allmählig so weit gelangen, die Armeesprache zu verstehen und sich in derselben verständlich zu machen. Ueberhaupt aber wünsche ich das allgemeine Streben nach Bildung in jeder Hinsicht angeregt und gepflegt zu sehen, von der Bildung in Lebensart und Sitte angefangen, bis zu jener in den Geschichtlichen, Kenntnissen und Wissenschaften, die unser Ehrenstand speziell bedarf, und die namentlich dem Offizier in jeder Lage des Lebens zum Vortheile und zur Auszeichnung gereichen. Darauf bitte ich somit die Herren Generale und Truppenkommandanten insbesondere einwirken zu wollen, und empfehle, daß sie dießfalls — zumal die jüngeren Herren Offiziere an sich zu ziehen, und mehr ihr persönliches Beispiel, ihren unmittelbaren Einfluß wirksam zu machen trachten, als etwa bloß theoretische Aeußerungen und Belehrungen. Diejenigen Herren Offiziere aber, die sich ihre Auszeichnung besonders angelegen sein lassen, sind mir bei Einwendung der jährlichen Truppen-Relationen separirt namhaft zu machen, und werde ich es jedem Vorgesetzten zum auszeichnenden Verdienste anrechnen, und die Betreffenden selbst Sr. Majestät dem Kaiser nennen.“

Brag, 17. Februar. In dem Prozeß gegen die Herren Szeineke und Strauch, welcher heute unter dem Vorsitze des Landesgerichtsrathes Jankowsky bei geheimer Verhandlung abgeführt wurde, ist auf Ruhestörung erkannt und Szeineke zu fünf Wochen, Strauch zu einem Monat Kerker verurtheilt worden. Als Staatsanwalt fungirte Jarosch. Die Verurtheilten meldeten die Berufung an. Dem Vernehmen nach wurde der Landtagsabgeordnete Tonner nicht als Vertrauensmann zu der Verhandlung zugelassen.

Krafsau, 14. Februar. Die Flucht des Insurgentenführers Seyfried ist unter merkwürdigen Umständen erfolgt. Seyfried, einer der hervorragendsten Führer der Insurgenten, war zu zwölfjährigem Kerker verurtheilt und vorläufig im hiesigen Kastell inhaftirt. Unter dem Vorgeben krank zu sein, wurde er vor Kurzem in das Spital transferirt und dort in strengem Gewahrsam gehalten. Samstag Früh war der Gefangene verschwunden; sein Bett war in einer Weise gerichtet, um glauben zu lassen, er schlafe noch, am offenen Fenster war das Gitter auseinandergebo-gen, so daß ein schwächlicher Mann wohl durchschlüpfen konnte und ein in dem Graben hinabhängendes Seil am Gitter befestigt. Bei diesem offenbar nur auf Täuschung abzielenden Vorgehen hatte man nicht bedacht, daß das Fehlen der Spuren im Schnee alsbald die Wahrheit enthüllen werde. Es wurde Appell geschlagen, und in der That ein Oberwärter und eine Oberkrankenwärtersmutter vermisst, und es ist nicht anders zu denken, als daß der Flüchtling bei den strengen Vorichtsmaßregeln bei hellem lichten Tage in Begleitung des Wärters das Festungsthor passiert hat. An dem Komplott müssen noch mehrere Personen Theil genommen haben. Am Morgen der Entweichung wurde nämlich ein Unteroffizier attrapirt, als er an eine Schießscharte der äußeren Umfassungsmauer einen Strich befestigte und in den Graben hinabließ, auch dieß sollte zu dem Glauben veranlassen, daß der Flüchtling seinen Weg hier genommen. Ohne Mitwirkung jenes Oberkrankenwärters wäre die Flucht geradezu unmöglich; das Spital selbst hat seine von Wachen besetzte Umfassungsmauer, ist ein Kastell im Kastell selbst.

Feldkirch, 17. Februar. Ueber Einladung der Handelskammer fand gestern Nachmittags in Gözis eine Versammlung der vorarlbergischen Industriellen Statt, behufs Bildung eines Comité's für Bewer-

bung um die Konzession zu Vorarbeiten für die projektirte Innsbruck-Feldkirch-Dornbirner-Eisenbahn. Das Comité besteht aus den Chefs der Firmen: Karl Gannahl in Feldkirch; Gezner, Mutter & Comp. in Bludenz und Feldkirch; Herrburger und Rhombert in Dornbirn; Konrad Gysi in Füssen und John Douglas in Thüringen.

Bregenz, im Februar. In den letzten Wochen passirte hier in kleineren Abtheilungen nach und nach eine größere Anzahl böhmischer Glasarbeiter, im Ganzen, mit Einschluß der Frauen und Kinder, 120 Personen, um aus der Schweiz in ihre Heimat zurückzukehren. Sie waren im vorigen Sommer von einer Genfer Fabrik unter günstigen Bedingungen auf zwei Jahre angeworben, dann aber Ende Dezember ohne genügende Gründe plötzlich entlassen worden. Die Leute, der französischen Sprache unkundig, wären, wie sie selbst erzählten, in die größte Noth gerathen, wenn nicht der österreichische Konsul in Genf, Herr Schäd, sich ihrer in der hilfreichsten Weise angenommen hätte. Von diesem und von der österreichischen Gesandtschaft in Bern wurden ihre Reisekosten in der Schweiz bestritten, während die hiesigen k. k. Grenzbehörden sehr human für die Weiterbeförderung der Arbeiter sorgten, was von diesen in rührender Dankbarkeit anerkannt wurde. Einige von ihnen sind in Genf geblieben, um eine anhängig gemachte Entschädigungsklage weiter zu betreiben, während Baron v. Menshengen in Bern den Bundesrath zu interessiren suchte. Von Neuem hat sich bei dieser Gelegenheit, wie in schon so vielen Fällen, gezeigt, von welchem realen Nutzen das erst seit einigen Jahren an der äußersten Westgrenze der Schweiz errichtete k. k. Konsulat ist.

Ausland.

München, 16. Februar. Die heutige „Bair. Ztg.“ bezeichnet die Behauptung der „Kreuztg.“, Herr v. d. Pfordten habe bestimmt verboten, mit Herrn v. Veust auf eine Linie politischen Strebens und Handelns gestellt zu werden, als völlig unrichtig. Zwischen den Regierungen von Baiern und Sachsen — bemerkt die Bair. Ztg. — herrscht gerade jetzt die vollständigste Uebereinstimmung in ihren Ansichten, Ueberzeugungen und Bestrebungen, aus welcher zur rechten Zeit auch eine Gemeinschaft des Handelns hervorgehen werde. Die langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Veust und Pfordten haben dazu beigetragen, und wurden dadurch zugleich befestigt.

Der Artikel versichert ferner, daß Niemand das große Verdienst Veust's vollständiger und aufrichtiger Anerkennung, als Herr v. d. Pfordten; es sei zu begreifen, daß die innigen Verhältnisse Baierns und Sachsens nicht überall angenehm seien; aber der vorliegende Versuch, dieselben zu stören, sei zu plumpt, um zu gelingen.

Berlin, 15. Februar. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Auf die Anfrage des Handelsministers, wann das Haus die Zusätze zur Bankordnung diskutieren werde, bestimmt der Präsident Grabow den nächsten Sonnabend. — Hierauf wird die Debatte über die Arbeiterkoalition fortgesetzt. v. d. Heydt gesteht, daß er in der Arbeiterfrage die Ansichten seiner parlamentarischen Freunde der konservativen Partei nicht theilt. Das Prinzip der Staatshilfe sei unzulänglich und durchaus verwerflich. Er empfehle die Beibehaltung der bisherigen Gesetzesbestimmungen. Hiemit wird die Generaldiskussion geschlossen. — Antragsteller Schulze recapitulirt die Debatte und hält gegen Wagener den Einfluß der deutschen Genossenschaft in Deutschland und im Auslande aufrecht. Staatshilfe sei ein verwirrter Begriff ohne praktische Resultate. Die soziale Frage sei nicht eine spezifische, sondern lediglich durch historische Entwicklung lösbar; Redner warnt die Feudalen an der modernen Sphinx, der Arbeiterfrage, Parteiagitatorien zu versuchen, Referent Abg. Ziegert recapitulirt die Debatte, empfiehlt die Anträge der Kommission und erklärt sich gegen die Amendements ausgenommen Becker.

Abg. Michaelis bringt den Antrag ein, das Abgeordnetenhause wolle zum Zustandekommen des Staatshaushaltsetats die Verathung der Kommissionsberichte betreffend die Eisenbahnen und den bezüglichen Staatsvertrag mit Oldenburg aussetzen.

Der Ministerpräsident v. Bismarck verliest die Waldenburg'sche Petition. Das Gesuch um Audienz beim Minister des Innern sei zurückgewiesen worden, weil die Sache in das Ressort des Handelsministeriums gehöre. Die Brandmarkung des Nothscheißer's der Armuth als Lüge seitens des Abg. Reichenheim sei hart. Die Privatwohlthaten des Königs seien nicht diskutirbar. Der König von Preußen sei König für Reiche wie für Arme. Die Zahlen Reichenheim's über die Wohlthaten des Königs seien nicht läugerisch, aber irrtümlich.

Die Majorität votirt den Antrag Schulze-Fauher; Die Abstimmung wird von einzelnen Abgeordneten beanstandet, weil die Majorität für die Vorschläge

der Kommission sei. Der Präsident hält die Fragestellung bezüglich der Abstimmung aufrecht.

Berlin, 16. Februar. (Sitzung der Budgetkommission.) Die Referenten für den Generalbericht stellten heute folgende Anträge: Das Haus wolle beschließen, der Regierung zu erklären:

1. In dem Staatshaushaltsetats sei eine richtige Vertheilung der Staatsausgaben nicht erkennbar.

2. Der Militäretat bedarf einer wesentlichen Umgestaltung und Ermäßigung.

3. Für Produktivzwecke (Stromregulirungen, Wegbauten, Unterricht und Wissenschaft, Gehaltsverbesserungen) seien größere Summen zu verwenden.

4. Der Zeitpunkt zur Reform und Ermäßigung drückender und zweckwidriger Staatslasten sei geeignet (Gerichtskosten, Brieffportoherabsetzung, Aufhebung des Salzmonopols.)

5. Die Gebäudesteuer sei (unter Ueberlassung des Ueberschusses an die Gemeinden) auf den ursprünglich veranschlagten Jahresbetrag von 2,843.260 Thlr. festzustellen.

6. Es sei eine gesetzliche Umwandlung der Einkommen- und Klassensteuer vorzunehmen, dahin, daß die Anzahl der Monatsraten, welche zur Bedeckung des Bedarfes zu erheben sind, innerhalb des gesetzlichen Maximums von Zwölfmonatsraten jährlich, durch das Budget festgestellt werde.

Hamburg, 17. Februar. Nachrichten aus Kopenhagen melden, daß die französische Thronrede wegen der darin enthaltenen Betonung des Nationalitätsprinzips hinsichtlich Nordschleswigs von sämtlichen Kopenhagener Blättern freudig begrüßt und die Erwartung ausgesprochen wird, Dänemark werde Nordschleswig zurückerhalten.

Der König von Schweden schwebte auf der Reise nach Christiania in Gefahr. Es brach während der Fahrt die Achse des königlichen Salonwagens und der Zug entgleiste. Durch rechtzeitiges Bremsen wurde jedoch ein Unglücksfall verhindert.

Rom, 9. Februar. Ein Spezialgesandte des Kaisers von Mexiko wird hier erwartet. Ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Maximilian an den Papst hat denselben angekündigt. Vor dem Eintreffen dieses Gesandten wird in der zwischen der mexikanischen Regierung und dem heil. Stuhle schwebenden Angelegenheit von Seiten der Curie kein Beschluß gefaßt werden. Es fehlen auch noch die ausführlichen Berichte des Msgr. Meglia, die derselbe in Aussicht gestellt hat. Pius IX. persönlich legt der mexikanischen Angelegenheit eine große Wichtigkeit bei, offenbar sind seine Gedanken in hohem Maße damit beschäftigt, denn sehr häufig kommt er in Unterredungen mit Kardinalen auf dieses Thema zurück.

Bern, 17. Februar. Die Regierung von Württemberg zeigt dem Bundesrathe an, sie sei, nachdem sie sich im Besitze des erforderlichen Materiales befinde, und nach getroffener Verständigung mit Baiern und Baden, nunmehr bereit, in Unterhandlungen wegen Abschlußes eines Handelsvertrages einzutreten, und schlägt vor, die Konferenzen am 1. März in Stuttgart zu beginnen.

Paris, 17. Februar. Das Exposé (im Selbstbuch?) über die äußere Lage bedauert, daß die deutschen Großmächte dem Nationalitäts-Prinzip nicht Rechnung getragen hätten, und sagt, die Lage der Herzogthümer sei eben so anomal als prekär, und die bellagenemische Ungewißheit, die auf der Zukunft lastet, schädige schwer ihre moralischen und materiellen Interessen.

— 17. Februar. Eine Privatdepesche aus Madrid kündigt an, daß das Ministerium Narvaez seine Demission gegeben hat.

Brüssel, 16. Februar. (Pr.) Der Rücktritt des Ministers Tesch gilt für wahrscheinlich.

Kopenhagen. „Berlingske Tidende“ vom 9. Februar meldet: Dinstag erfolgt die Abreise des Königs von Schweden zu einem achttägigen Aufenthalte in Christiania. Man bringt diese Reise in Verbindung mit der Befestigung verschiedener Plätze an der Küste von Norwegen.

Bukarest, 16. Februar. Die Kammer votirte in ihrer gestrigen Sitzung eine Anleihe von 150 Millionen türkischen Piastern zur Entschädigung der griechischen Klöster. Bajaresco ist zum Vizepräsidenten des Staatsrathes ernannt worden.

Konstantinopel, 11. Februar. Die telegraphische Verbindung zwischen Diarbekir und Sardis in Klein-Asien ist eröffnet worden. — Eine Note Ali Pascha's an die Vertreter der fremden Schutzmächte Syriens beantragt eine allgemeine Amnestie für die Insurrektion im Jahre 1860. Die der persischen Regierung von der Pforte gesetzte Frist zum Abschlußes eines neuen Handelsvertrages läuft nächster Tage ab, worauf den persischen Unterthanen die Befugniß zum Kleinhandel entzogen werden soll.

Der Internuntius wird gegen den Häuptling der Miriditen wegen willkürlicher Verhaftung des Pfarrers von Calivari in Albanien Klage führen.

Athen, 11. Februar. Es sind 15 Staatsrathsmitglieder ernannt worden, darunter vier Ionier und ein Sohn des Admirals Kanaris.

Aus **Mio Janeiro** wird gemeldet, daß die brasilianischen Truppen am 2. Jänner um 8 Uhr Morgens Paisandu nach fünfzigstündigem Kampfe genommen haben.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 20. Februar.

Gestern Abends gegen 5 Uhr verkündeten drei Signalküsse ein im Verliczi'schen Hause in der Herrengasse ausgebrochenes Schornsteinfeuer. Es wurde durch schleunige Hilfe sofort gelöscht.

— Die Samstag Abends von der philharmonischen Gesellschaft im Redoutensaal veranstaltete Pledertafel war ungemein zahlreich besucht; kaum daß die Erschienenen alle Platz fanden. Die von dem Männerchore vorgetragenen Chöre und Quartette fanden lebhaften Beifall und mußten einige, wie z. B. der „Matrosenchor mit Tenorsolo“ und das „Thierquartett“ wiederholt werden. Den meisten Applaus erntete ein Mitglied des Männerchors durch seine komischen Deklamations- und Gesangsvorträge. Die Stimmung der Gesellschaft war so heiter und gemüthlich, daß nach Beendigung der auf dem Programme aufgeführten Piecen ein Tänzchen nach dem Pianoforte improvisirt wurde, das bis gegen drei Uhr Morgens währte. Zu der animirten Stimmung trug nicht wenig bei, daß die von Herrn G. Fischer gebotenen materiellen Dinge für gut befunden wurden.

— Die gestern auf der Schießstätte abgehaltene Tanzunterhaltung war ebenso zahlreich besucht und animirt, als die acht Tage zuvor stattgehabte.

— Karten zu dem nächsten Samstag stattfindenden Narrenabende der vereinigten Sänger, Turner und Schützen sind bei Herrn Josef Karinger zu haben.

— Die „Mittheilungen des histor. Vereins“ pro Jänner enthalten: Mittelalterlicher Handel zwischen Krain und Venedig, von P. Hisinger. — Nachbemerkungen zur Berichtigung einiger Punkte in Primus Truber's Leben, von P. Hisinger. — Urkunden und Regesten aus dem gräflich Auersperg'schen Archive zu Auersperg, von Th. Etze. — Monatsversammlung im Jänner. — Verzeichniß der beigetretenen Mitglieder und der Erwerbungen.

— Das h. k. k. Handelsministerium hat der Anna Merkel, Stiefweidfabrikantin in Laibach, auf die Erfindung einer chemischen Glanzwische ein ausschließendes Privilegium für die Dauer eines Jahres erteilt.

— Eine Frau, welche zwei lebende Männer hat, befindet sich, wie die „Nov.“ berichten, in Heil. Kreuz bei Podpeč in Unterkrain. Der erste Ehemann wurde ihm Jahre 1859 zum Militär abgeführt; er ging nach Italien und machte die Schlacht bei Solferino mit. Seit jener Zeit bis jetzt wußte man nichts von ihm und hielt ihn für todt, während er als Gefangener der Franzosen nach Frankreich gekommen ist, wo er bis jetzt verblieben war. Die Pseudo-Witwe heiratete zum zweiten Male. — Da kommt plötzlich der „gottselige Ehemann“ zurück und findet, daß sein Weib einen andern Mann habe, und daß ihre Ehe gesegnet ist. Wie sich die Frau und deren zwei Männer angeschaut haben, kann man sich denken.

— Ueber das Auftreten des Herrn Penn in der Rolle des Franz Moor in Schillers „Räuber“ schreibt die „Agrarier Ztg.“: Seine erste Probeleistung befriedigte das ziemlich zahlreich versammelte Publikum. Herr Penn besitzt sehr gute Anlagen; er ist ein ziemlich gewandter Mimiker, und wenn er einmal die sprachlichen Schwierigkeiten überwunden haben wird, dürfte er für unsere Bühne eine nicht ganz gewöhnliche Akquisition sein.

— Seit einiger Zeit cirkulirten in Agram falsche Fünfer-, Einker- und Zehnkreuzer-Banknoten. Der Stadthauptmannschaft ist es nun gelungen, den Thäter, welcher sich als Dame verkleidet hatte und falsche Fünfgulden-Banknoten auszuwechseln versuchte, in flagranti zu ertappen. Bei der gepflogenen Einvernehmung gestand derselbe ein, die Falsifikate, welche übrigens leicht erkennbar sind, gefertigt und sich der Frauenkleidung bloß aus dem Grunde bedient zu haben, um den Austausch der Noten desto leichter bewerkstelligen zu können.

— Die Südbahngesellschaft hat im Interesse der Sicherheit des Verkehrs beschlossen, auf den Südbahnstrecken Muzik-Frohnleiten und Spielfeld-Bösnitz, auf welchen bisher nur ein Geleise bestand, sofort ein zweites Geleise herstellen zu lassen.

— Der Violinvirtuose Herr Sivori wurde auf dem Wege von Cividale nach Udine in der Nacht vom 9. d. M. mit dem Wagen, in dem er sich mit seinem Sekretär Belloni und dem Pianisten Devaldo befand, im Dorfe Remanzacco umgeworfen und in einen Wassertümpel gestürzt. Die Reisenden konnten

nur mit Mühe hervorgezogen werden, aber nicht ohne Verletzungen, welche bei Belloni schwer, bei den andern beiden leicht ausfielen. Ueberdies wurden Herrn Sivori zwei Violinen beschädigt, auf die er großen Werth legte. Der Pfarrer von Remanzacco, Herr Ruzzi, nahm sich der Reisenden auf das freundlichste an.

Wiener Nachrichten.

Wien, 19. Februar.

Ihre Majestät die Kaiserin sind vorgestern, den 17. d. M., von Allerhöchstihrer Reise nach Dresden wieder in Wien angekommen.

— Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet Donnerstag den 23. Februar um 11 Uhr Vormittags Statt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Weimar, 18. Februar. Der Landtag hat in seiner heutigen Sitzung den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe mit 23 gegen 5 Stimmen angenommen.

Berlin, 18. Februar. (N. Fr. Pr.) Ein Handschreiben des Papstes an den König Wilhelm dankt dem Letztern für die erfolgreiche Vermittlung der Interessen des heiligen Stuhles beim französischen Hofe. König Leopold von Belgien hat den am hiesigen Hofe angesagten Besuch verschoben.

Berlin, 18. Februar. Der englische Konsul in Hamburg, Mr. Ward ist, wie es heißt, wegen Abschlußes eines Handelsvertrages zwischen Preußen und England, hier anwesend. — In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fand die Debatte über den Gesekentwurf, betreffend die Errichtung von Bankfilialen im außerpreussischen Deutschland, Statt. Referent Reichenheim empfiehlt die Annahme des Gesekentwurfes. Hennig, Michaelis bekämpfen, der Regierungskommissär, sowie der Handelsminister halten denselben aufrecht. Der Antrag Schwerin's auf Ueberweisung des Gesekentwurfes an die durch 7 Mitglieder verstärkte Handels- und Gewerbekommission wird mit großer Majorität angenommen. — S. M. der König hütet in Folge eines leichten Katarrhes das Zimmer.

Paris, 18. Februar. Das Urtheil im Prozeß Pereire ist heute erfolgt. Der Gerichtshof hält die Fusion aufrecht, verurtheilt jedoch Pereire zur Ausbezahlung derjenigen, welche die Fusion der Hafengesellschaft von Marseille mit dem Credit Mobilier nicht wollen.

Markt- und Geschäftsberichte.

Wiener Fruchtbörse. (Telegramm vom 18. Februar.)

Weizen: Banater, Raab, von fl. 3.25, 88 Pfd., bis fl. 3.35, 89 Pfd.
Gerste: Slavonische, Wien, fl. 2.10, 72—73 Pfd.
Hafer: Ungarischer, Raab, von fl. 1.20, 44 Pfd., bis fl. 1.32, 49—50 Pfd.
Umsatz: 30.000 Megen.
Weizenmehl unverändert.

Laibach, 18. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 60 Wagen und 3 Schiffe (18 Klaster) mit Holz, und 26 Megen Erdäpfel.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. 3.42 (Magazins-Preis fl. 3.71); Korn fl. 2.48 (Mgz. Pr. fl. 2.57); Gerste fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.37); Hafer fl. — (Mgz. Pr. fl. 1.80); Halbfrucht fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.72); Heiden fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.85); Hirse fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.97); Kukuruz fl. — (Mgz. Pr. fl. 3.06); Erdäpfel fl. 1.90 (Mgz. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.— (Mgz. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.— (Mgz. Pr. fl. —); Bisoln fl. 4.20 (Mgz. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund fl. 55, Schweineschmalz fr. 40; Speck, frisch fr. 28, detto geräuchert fr. 40; Butter fr. 50; Eier pr. Stück fr. 1; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 19—21, Kalbfleisch fr. 22, Schweinefleisch fr. 23, Schöpfensfleisch fr. —; Hühnel pr. Stück fr. 55, Tauben fr. 20; Hen pr. Ztr. fl. 1.10, Stroh fr. 75; Holz, hartes 30", pr. Klaster fl. 9.50, detto weiches fl. 7.—; Wein (Mgz. Pr.) rother pr. Eimer von 11 bis 15 fl., weißer von 12 bis 16 fl. (Mit Einrechnung der Verzehrungssteuer.)

Für „eine arme Familie“ sind ferner eingegangen:

Transport . . . 20 fl.
Von Frau B. 3 „
„ Familie B. 2 „

Zusammen . . . 25 fl.

Das Zeitungs-Comptoir.

Fremden-Anzeige

vom 17. Februar.

Stadt Wien.

Die Herren: Seelig und May, Kaufleute; Perdan, Handelsmann; Perz und Wegger, Agenten, von Wien. — Bogazhuj, Bergbeamte, von Toplija.

Elephant.

Die Herren: Baron Seideneg, l. merikanischer Freiwilliger, und Gulzh, Handelsreisender, von Wien. — Hudevski, Senator, und Chon, Kaufmann, von Ugram. — Gdbsche, Fabrikant, von Meisn.

Baierischer Hof.

Herr Reinitich, Wirthshauspächter, v. Pienzen.

(303-1)

Nr. 457.

**Zweite
exekutive Feilbietung.**

Im Nachhange zu dem diesfälligen Edikte vom 5. September 1864, Z. 2902, wird bekannt gegeben, daß am

6. März d. J.,

Vormittag 9 Uhr, zur zweiten Feilbietung der dem Ignaz Schettina gehörigen Hofstatt Urb.-Nr. 440 ad Herrschaft Rassenfuß, des Aekers Urb.-Nr. 14 und 50 ad Pfarrgilde Unternassenfuß und der Bergrealität Top.-Nr. 56 und 69 ad Herrschaft Krosenbach hieramts geschritten werden wird.

K. k. Bezirksamt Rassenfuß, als Gericht, am 6. Februar 1865.

(304-1)

Nr. 461.

**Dritte
exekutive Feilbietung.**

Im Nachhange zu dem diesfälligen Edikte vom 11. November 1864, Z. 3610, wird bekannt gegeben, daß über Ansuchen des Exekutionsführers die mit dem Bescheide ddo. 11. November 1864, Z. 3610, auf den 22. d. M. angeordnete zweite exekutive Feilbietung der dem Josef Allexiz von Staravas gehörigen Subrealität Urb.-Nr. 35 ad Gut Arch als abgethan angesehen wurde, und daß am

22. März d. J.,

Vormittag 9 Uhr, hieramts zur dritten Feilbietung geschritten werden wird.

K. k. Bezirksamt Rassenfuß, als Gericht, am 7. Februar 1865.

(305-1)

Nr. 2024.

Erinnerung

an den unbekannt wo befindlichen Martin Gorenz von Cesuce und dessen allfälligen unbekanntem Rechtsnachfolger.

Von dem k. k. Bezirksamte Razbach, als Gericht, wird dem unbekannt wo befindlichen Martin Gorenz von Cesuce und dessen allfälligen unbekanntem Rechtsnachfolgern hiemit erinnert:

Es habe Anton Gorenz von Cesuce wider dieselben die Klage auf Eröffnung der im Grundbuche der Herrschaft Reitenburg sub Urb.-Nr. 63 vorkommenden Realität in Cesuce sub praes. 14. Oktober 1864, Z. 2024, hieramts eingebracht, worüber zum ordentlichen Verfahren die Tagung auf den

28. April 1865,

früh 9 Uhr, mit dem Anhange des § 29 all. O. D. angeordnet und den Geklagten wegen ihres unbekanntem Aufenthaltes Johann Resche von Kolludersje als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen haben, widrigens diese Rechtsache mit dem aufgestellten Kurator verhandelt werden wird.

K. k. Bezirksamt Razbach, als Gericht, am 15. Dezember 1864.

(307-1)

Nr. 45.

Uebertragung

3. exekutiver Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Feistritz, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über Ansuchen des Hrn. Johann Tomisch von Feistritz, gegen Jo-

sef Starz von Jasen peto. (Schuldiger 193 fl. 51 1/2 fr. c. s. c. die mit Bescheid ddo. 19. November v. J., Z. 5098, am 11. d. M. bestimmt gewesene dritte exekutive Realfeilbietung unter vorigem Anhange auf den

11. März l. J.

mit Beibehalt des Ortes und der Stunde übertragen.

K. k. Bezirksamt Feistritz, als Gericht, am 11. Jänner 1865.

(342-1)

Nr. 78.

Edikt

zur Einberufung der Verlassenschafts-Gläubiger nach dem verstorbenen Pfarrer Herrn Josef Kraschoviz von Zirkle.

Von dem k. k. Bezirksamte Gurkfeld, als Gericht, werden diejenigen, welche als Gläubiger an die Verlassenschaft des am 30. Dezember 1864 mit Testament verstorbenen Pfarrers Herrn Josef Kraschoviz von Zirkle eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, bei diesem Gerichte zur Anmeldung und Darthnung ihrer Ansprüche den

25. Februar l. J.,

Vormittags zu erscheinen, oder bis dahin ihr Gesuch schriftlich zu überreichen, widrigens denselben an die Verlassenschaft, wenn sie durch Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft würde, kein weiterer Anspruch zustünde, als insoferne ihnen ein Pfandrecht gebührt.

K. k. Bezirksamt Gurkfeld, als Gericht, am 17. Jänner 1865.

(186-2)

Nr. 2086.

Exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Tschernembl, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Georg Bukouz von Langberg, durch Herrn Dr. Preuz von Tschernembl, gegen Georg Muschiz von Langberg wegen, aus dem Vergleich vom 12. Juli 1863, Z. 2817, schuldiger 42 fl. ö. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der, dem Legtern gehörigen, im Grundbuche ad Herrschaft Pölland sub Tom. VI., Refik.-Nr. 591 vorkommenden Realität im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 300 fl. ö. W. gewilliget, und zur Vornahme derselben die drei Feilbietungs-Tagungen auf den

8. März,

5. April und

6. Mai 1865,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, in der Amtskanzlei mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchs-Extrakt und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

K. k. Bezirksamt Tschernembl, als Gericht, am 9. Mai 1864.

(291-2)

Nr. 336.

**Dritte
exekutive Feilbietung.**

Im Nachhange zum hierfälligen Edikte vom 12. Dezember 1864, Z. 3051, wird hiemit bekannt gegeben, daß die in der Exekutionsache des Johann Lekan von Geräub, gegen Johann Leskoviz von Gdovizh peto. 672 fl. ö. W. c. s. c., auf den

30. Jänner und

2. März 1865

angeordneten zwei ersten exekutiven Feilbietungen der, dem Legtern gehörigen Realität Urb.-Nr. 260 und 261 ad Grundbuch Loizh mit Einverständnis beider Theile als abgehalten anzusehen sind, und daß es sonach lediglich bei der, auf den

3. April 1865

angeordneten dritten Feilbietung sein Verbleiben habe.

K. k. Bezirksamt Idria, als Gericht, am 29. Jänner 1865.

(296-2)

Nr. 205.

Edikt

zur Einberufung der Verlassenschafts-Gläubiger nach dem verstorbenen Joh. Kusmann, Realitätenbesitzer und Färbermeister in Weissenfels.

Von dem k. k. Bezirksamte Kronau, als Gericht, werden diejenigen, welche als Gläubiger an die Verlassenschaft des am 17. Oktober 1864 mit Testament verstorbenen Johann Kusmann, Realitätenbesitzer und Färbermeister in Weissenfels, eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, bei diesem Gerichte zur Anmeldung und Darthnung ihrer Ansprüche den

3. März d. J.,

um 10 Uhr Vormittags, zu erscheinen, oder bis dahin ihr Gesuch schriftlich zu überreichen, widrigens denselben an die Verlassenschaft, wenn sie durch Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft würde, kein weiterer Anspruch zustünde, als insoferne ihnen ein Pfandrecht gebührt.

K. k. Bezirksamt Kronau, als Gericht, am 1. Februar 1865.

(187-3)

Nr. 6411.

Erinnerung

an die unbekanntem Besitzer der Parzellen Nr. 201, 197, 200, 196, 165, 166, 167, 170, 172, 161, 162 und 163 der Gemeinde Kälbersberg.

Von dem k. k. Bezirksamte Tschernembl, als Gericht, wird den unbekanntem Besitzern der Parzellen Nr. 201, 197, 200, 196, 165, 166, 167, 170, 172, 161, 162 und 163 der Gemeinde Kälbersberg hiermit erinnert:

Es habe Margareth Gracheg von Leque, durch Herrn Dr. Preuz, wider dieselben die Klage auf Anerkennung des Eigenthums sub praes. 21. Dezember

(254-2)

Die seit 12 Jahren erprobte und bewährte

Dr. Pattison's Gichtwatte

lindert sofort und heilt schnell **Gicht** und **Rheumatismen** aller Art, als Gesicht, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht, Magen- und Unterleibschmerzen, Rücken- und Lendenschmerz zc. zc.

Ganze Pakete zu **Destr. fl. 1** — Halbe Pakete zu **50 fr.**

Zur Vermeidung von Fälschungen und Nachahmungen sind die Pakete mit Unterschrift und Siegel versehen. — Gebrauchsanweisungen und Zeugnisse werden gratis abgegeben.

Allein echt bei C. J. Grill zum „Chinesen.“

Zeugnisse.

Seit mehreren Jahren habe ich Gichtschmerzen in meinen Füßen gehabt, so daß ich oft die ganze Nacht nicht schlafen konnte. Vor zwei Jahren habe ich die Ankündigung von Dr. Pattison's Gichtwatte in der Zeitung gelesen und mir solche bringen lassen; nach kurzer Zeit hat der Schmerz ganz aufgehört. Seit vier Wochen hat sich mir in dem einen Fuß dieser Schmerz wieder fühlbar gemacht, worauf ich neuerdings wieder Gichtwatte aufgebunden; in Folge dessen hat der Schmerz gleich wieder aufgehört. Dieses bezeuge ich Ihnen und andern Leidenden zu Nutzen.

Zum Dezember 1863. **Joseph Vogl**, Bürger in Rudig bei Saaz in Böhmen. (22)

Ich ersuche Sie, wieder 2 Pakete Dr. Pattison'sche Gichtwatte zu übersenden, da sich dieses Mittel bei meiner Gichtkrankheit mit Erfolg anwenden ließ.

Magyar Lapos (Siebenbürgen), 22. Februar 1862.

Jacob Roith. (23)

Blumen und Bouquets!!

Da meine Bouquets sich einer allgemeinen Beliebtheit erfreuen, so avisire ich hiermit, daß ich **Bouquets** zu jeder beliebigen Größe und um jeden Preis, von 3 fl. aufwärts, auf's Beste besorge, und für Verpackung und Frantatur nur die Kosten berechne, auch **Kopfguirlanden** und einzelne **Camellien** stehen billigst zu Diensten, nur muß ich einen Tag früher brieflich oder mittelst Telegramm benachrichtigt sein.

Meine Adresse ist einfach **J. T. Wiener in Triest.**

Ferner offerire ich eine **große Parthie Rosen**, darunter die neuesten, da ich deren viele Tausende besitze; selbe sind von 8 fl. p. % bis zu 4 fl. das Stück je nach Neuheit und Größe. Meine **Obst- und Weinsorten**, dann **Pyramiden-Camellien**, große **Pomeranzen-Bäume**, meine reichen Sortimente von **Azalea, Coniferen, Begonien, Phlox**, die neuesten **Begonien, Viola-Tricolor**, ferner **Gynegonium**, 100 Stück per 20 fl., **Lantana** von 1 fl. bis 10 fl. per Stück, **Pelargonien**, die neuesten italienischen **Verbennen**, **Aurickel**, ferner **Land-Nelken** aus Samen 1000 Stück 25 fl., 10000 125 fl. setzen mich in den Stand, **Alles auf das Billigste** zu offeriren und stehen auf Franko-Anfragen **gratis** Kataloge zu Diensten sowie auch über **alle möglichen Samereien.**

J. T. Wiener's

Blum- und Handlungsgärtnerei.

(314-3)